

## Russland und die Wahlen in der Ukraine, Belarus und den USA

Sabine Fischer, Berlin

### Zusammenfassung

Die Haltung der russischen Führung zu den Wahlen in Belarus, der Ukraine und den USA hat einige interessante Schlaglichter auf die Beziehungen Russlands zu diesen Ländern geworfen. Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion versucht die russische Politik mit unterschiedlichen Strategien, ihren Einfluss auszubauen, ohne dabei jedoch eine ökonomisch kostspielige politische Integration zu forcieren. Gegenüber den USA hat Russland seine Position als regionale Macht akzeptiert und ist bereit, politische Zugeständnisse zu machen. Insgesamt ist die russische Außenpolitik durch die Zentralisierung der Entscheidungsprozesse kalkulierbarer geworden – demokratischer jedoch nicht.

### Parlamentswahlen und Referendum in Belarus – Dilemmata der russischen Politik

Im Oktober und November haben in der Ukraine, in Belarus und den USA Wahlen stattgefunden. Diese Ereignisse fanden auch in der russischen Politik ihr Echo und bieten einen willkommenen Anlass, einen Blick auf die Beziehungen Russlands zu den betreffenden Staaten zu werfen.

Am 16. Oktober ließ sich der weißrussische Präsident Lukaschenko gleichzeitig mit von der OSZE harsch kritisierten Parlamentswahlen in einem Referendum „bestätigen“, dass er im kommenden Jahr entgegen Verfassungsbestimmung wieder um das Amt des Präsidenten kandidieren kann. Während die Zentrale Wahlkommission in Minsk mitteilte, 86% der an der Wahl beteiligten Bürger oder 77,3 % aller Wahlberechtigten hätten Lukaschenkos Anliegen zugestimmt, gingen renommierte russische und westliche Meinungsforschungsinstitute davon aus, dass die Zustimmung im Referendum unter 50% gelegen habe.

Die russische Regierung kritisierte diese Zweifel am Ausgang des Referendums. Offizielle Stellen ließen verlauten, die Abstimmung sei regelgerecht – ohne gravierende Verstöße gegen demokratische Spielregeln – durchgeführt worden. Gleichzeitig wurden auch Stimmen laut, die für Russland eine Verfassungsänderung nach belarussischem Muster forderten, um so in vier Jahren die Wiederwahl Präsident Putins zu ermöglichen. All dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sich auch nach der Wiederwahl Präsident Putins im März 2004 nicht dem in den 90er Jahren festgelegten Ziel einer russisch-belarussischen Union angenähert haben.

Generell ist die Bereitschaft post-sozialistischer und vor allem post-sowjetischer Staaten, Souveränität an supranationale Institutionen abzugeben, gering. Dies spiegelt sich auch in der Leblosigkeit der meisten zwischenstaatlichen Organisationen wider, die in dieser

Region nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind. Im Verhältnis zwischen Russland und Belarus gibt es darüber hinaus jedoch auch spezifische Faktoren, die eine Vertiefung der Integration verhindern.

Während der Jelzin-Ära hatte der Plan einer russisch-belarussischen Union einen rein deklaratorischen Charakter. Er diente der Exekutive, um nationalistische Kräfte in Russland einzubinden, und war zugleich ein Signal, um – angesichts der NATO-Osterweiterung – den russischen Anspruch auf die Position einer Großmacht aufrechtzuerhalten. Den Worten folgten jedoch kaum Taten.

Unter Wladimir Putin werden die Beziehungen zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken zwar noch immer am machtpolitischen Prestigezugewinn gemessen. Gleichzeitig sind aber ökonomische Erwägungen wesentlich stärker geworden. Die Subventionierung des Energiehandels mit Belarus z.B., die marode, noch kaum reformierte belarussische Wirtschaft und die Isolation des Landes in Europa und der Welt sind Faktoren, die die Bilanz der russisch-belarussischen Beziehungen aus russischer Perspektive wesentlich verschlechtern. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Konflikt zwischen der belarussischen Regierung und dem russischen Gasmonopolisten Gazprom, der seinen Höhepunkt am 19. Februar dieses Jahres in einem vorübergehenden Stop der Gaslieferungen fand. Die russische Seite hegt auch Bedenken, Präsident Lukaschenko könnte eine größere Rolle in der russischen Innenpolitik anstreben, sollten die beiden Staaten sich weiter integrieren. Angesichts der politischen Unkalkulierbarkeit des belarussischen Staatschefs ist die russische Zurückhaltung auch hier groß.

Präsident Lukaschenko wiederum tritt regelmäßig mit Erklärungen an die Öffentlichkeit, in denen er den russischen Partner des Versuchs bezichtigt, die geplante Union als hegemoniales Projekt zu betrachten und statt eines gleichberechtigten Staatenbundes die Eingliederung Belarus in den russischen Staat zu betreiben. Dies betrifft aus seiner Sicht sowohl wirtschaftliche

als auch finanzpolitische Fragen oder die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft für russische und belarussische Bürger. Darüber hinaus wird in Minsk mit Argwohn registriert, dass trotz der zunehmenden autoritären Elemente im russischen politischen System die belarussische Opposition Unterstützung durch russische Liberale erfährt. Im monolithischen politischen System Weißrusslands wird der beschränkte russische Pluralismus offensichtlich als Gefahr wahrgenommen.

Entsprechend uneindeutig ist die russische Politik gegenüber Belarus. Dies schlug sich auch in der vergleichsweise großen Zurückhaltung Präsident Putins im Vorfeld des Referendums und der Parlamentswahlen nieder, die sich von seiner Politik in Bezug auf die amerikanischen und ukrainischen Wahlen deutlich unterschied.

### **Präsidentenwahlen in der Ukraine – Russlands post-imperiales Syndrom?**

Am 31. Oktober fand die erste Runde der ukrainischen Präsidentenwahlen statt. Dieser Wahlgang galt sowohl in der Ukraine selbst als auch im Ausland als Richtungsentscheidung zwischen einem auf Balance zwischen Russland und dem Westen ausgerichteten (Janukowitsch) und einem die Integration in die westliche Staatengemeinschaft favorisierenden (Juschtschenko) außenpolitischen Kurs.

Die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine durchliefen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine wechselhafte Entwicklung. In den 1990er Jahren waren sie von Konflikten im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Bereich gekennzeichnet. Auf beiden Seiten fehlten Strategien und Konzepte. Ein wesentlicher Streitpunkt, die Aufteilung der sowjetischen Schwarzmeerflotte und die Behandlung der Halbinsel Krim – beides eng verknüpft ist mit der Anerkennung der ukrainischen Grenzen und Souveränität durch Russland – konnte erst 1997 vorläufig beigelegt werden. Andere Konflikte wie z.B. der Status der in der Ukraine lebenden Russen, die ukrainische Energieabhängigkeit von Russland u.v.a.m., sind bis heute ungelöst.

Dennoch zeichnet sich seit dem Amtsantritt von Vladimir Putin 2000 eine Veränderung im ukrainisch-russischen Verhältnis ab. Die politischen Beziehungen gewannen spürbar an Dynamik, der Handel zwischen beiden Staaten und die Investitionen vor allem russischer Energieunternehmen in der Ukraine nahmen zu. Im Frühjahr diesen Jahres wurde sowohl in Moskau als auch in Kiew ein Abkommen über einen Gemeinsamen Wirtschaftsraum ratifiziert. Auch wenn solche politische Initiativen, noch kaum substanziellen Folgen zeitigen, sind sie doch Ausdruck einer veränderten

Beziehungsdynamik. Dies hat mehrere, miteinander verschränkte Gründe.

Die Ökonomisierung der russischen Außenpolitik führt dazu, dass angesichts der Zahlungsrückstände im Energiehandel sowie der Verluste, die beim Transport von russischem Gas und Öl durch ukrainische Pipelines entstanden, die russische Haltung gegenüber der Ukraine restriktiver wurde, und russische Energieunternehmen nach alternativen Transportrouten nach Westen zu suchen begannen. Gleichzeitig bemühte sich die russische Seite jedoch auch zumindest teilweise um die Beilegung politischer Konflikte, um Hindernisse für die wirtschaftliche Kooperation auf Unternehmensebene abzubauen. Die „neue“ russische Außenpolitik zielte darüber hinaus auf die Institutionalisierung der Kooperation vor allem mit der EU als wichtigster Handelspartnerin wie auch mit internationalen Wirtschaftsorganisationen, allen voran der WTO.

Zusammen mit den Erweiterungsprozessen von EU und NATO veränderte die russische Politik so das internationale Umfeld der Ukraine. Das Land hat auf absehbare Zeit kaum Aussichten, in die eine oder andere Organisation aufgenommen zu werden. Die Beziehungen vor allem zur EU haben sich angesichts der stagnierenden wirtschaftlichen und politischen Transformation deutlich abgekühlt. Eine stärkere Orientierung nach Russland scheint in dieser Situation fast zwangsläufig. Gleichzeitig hat die Attraktivität Russlands zugenommen. Moskau stellt im Gegensatz zur EU keine unbequeme Forderungen nach demokratischen Reformen. Wirtschaftliches Wachstum im vierten Jahr in Folge machen das Land darüber hinaus zu einem interessanten Wirtschaftspartner, der noch dazu im Energiehandel Vergünstigungen gewähren kann. Die wachsende Institutionalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Russland und der EU sowie die Fortschritte Russlands hinsichtlich des WTO-Beitritts lassen eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen nicht gegen, sondern über Russland möglich erscheinen. Dies wird durch die russische Kooperation mit den USA im Rahmen der Allianz gegen den Terror weiter unterstrichen.

Diese Faktoren führten in den vergangenen vier Jahren zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen den beiden Staaten und ihren Oberhäuptern, die freilich immer wieder von Rückschlägen unterbrochen wurde – so z.B. von der Auseinandersetzung um die Meerenge von Kertsch im Herbst 2003. Von einem demokratische und marktwirtschaftliche Reformen planenden und wesentlich stärker nach Westen ausgerichteten Präsidenten müsste die russische Führung Veränderungen des ukrainischen außenpolitischen Kurses erwarten müssen. Aus dieser Befürchtung er-

klärt sich die ungewöhnlich offene Unterstützung des amtierenden Premierministers durch russische Akteure (vgl. dazu auch den Kommentar Seite 12). Gleichwohl ist – auch angesichts der Zuspitzung der Situation nach dem zweiten Wahlgang – nicht zu erwarten, dass die russische Führung über die bisherigen Maßnahmen hinausgeht. Der russische Botschafter in der Ukraine, Viktor Tschernomyrdin, hat in den vergangenen Wochen betont, Russland werde auch mit einem anderen ukrainischen Präsidenten als Janukowitsch zusammenarbeiten. Schließlich wird es – selbst wenn Juschtschenko sich in der Auseinandersetzung über den Ausgang der Wahlen durchsetzen sollte – in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten nur zu graduellen Veränderungen kommen. Die Ukraine wird sich kaum aus der Abhängigkeit von Russland lösen.

### Die Wahlen in den USA – Russlands Selbstfindung als regionale Großmacht

Anfang November fanden in den USA die mit großer Spannung erwarteten Präsidentschaftswahlen statt. Auch hier zögerten Vertreter der russischen Exekutive und Legislative nicht, ihre Präferenz für den Amtsinhaber George W. Bush deutlich zu machen. Dies ist insofern verwunderlich, als es den USA in den vergangenen Jahren gelungen ist, weiter in die Regionen vorzudringen, die in der russischen politischen Elite mehrheitlich als eigene geostrategische Einflussphäre definiert werden.

Die Beziehungen zwischen Russland und den USA haben seit 1999/2000 eine weite Strecke zurückgelegt. War das wechselseitige Verhältnis zum Zeitpunkt des Amtsantritts der beiden neu gewählten Präsidenten im Jahre 2000 infolge des Kosovo-Krieges 1999 noch von kühler Distanz bestimmt, so bewegten sich die beiden Staaten in den darauffolgenden 18 Monaten wieder aufeinander zu. Die Ereignisse des 9. September 2001 wirkten wie ein Katalysator auf diese Entwicklung, als Präsident Putin Russland ohne Zögern in die von den USA geführte Allianz gegen den Terror einreichte. In den folgenden Monaten tolerierte oder unterstützte die russische Führung den Krieg in Afghanistan, die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien, den Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der NATO und den baltischen Staaten. Ihre Grenzen erreichte diese Politik vorübergehend im Frühjahr 2003, als amerikanische und britische Truppen im Irak einmarschierten. Doch führte der russische Protest nicht zu anhaltenden Verstimmungen im Verhältnis zu den USA.

Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Zum einen verbindet die beiden Präsidenten ein gutes

persönliches Verhältnis. Es ist davon auszugehen, dass ihre jeweiligen Weltansichten eine vergleichsweise große Schnittmenge aufweisen, z.B. hinsichtlich der Skepsis internationalen Organisationen gegenüber. Auch wenn konkrete Konflikte wie z.B. im Nahen Osten, im Irak oder im Südkaukasus unterschiedlich interpretiert werden, so bleiben doch die zugrundeliegenden Überzeugungen für die jeweils andere Seite nachvollziehbar. Dies könnte sich ändern, stünde Putin einem demokratischen amerikanischen Präsidenten mit einem vergleichsweise liberalen außenpolitischen Kurs gegenüber. Zum anderen insistiert die Bush-Administration mit Blick auf die innenpolitischen Entwicklungen in Russland nicht allzu entschlossen auf die Durchsetzung und Einhaltung demokratischer Normen. Für den Fall eines Wahlsiegs des demokratischen Präsidentschaftskandidaten befürchteten Beobachter in Russland eine kritischere Haltung sowohl gegenüber der russischen Tschetschenienpolitik als auch hinsichtlich der Zentralisierungstendenzen im russischen politischen System.

Ein weiterer Grund für die offene Unterstützung des amtierenden Präsidenten kann in den innenpolitischen Machtkonstellationen in Russland selbst gesehen werden: die oppositionellen Kreise, die noch bis Ende 2003 z.B. in der Duma Kritik an Putins „Westkurs“ geübt hatten, sind seit den Wahlen im Dezember bzw. März weitgehend marginalisiert. Die Präsidentenpartei „Einheit Russlands“ verfügt in der Duma über eine Zweidrittelmehrheit, die nationalistischen Oppositionsparteien sind kooptiert, die Liberalen nicht mehr im Parlament vertreten. Dies eröffnet dem Präsidenten die Möglichkeit, seinen außenpolitischen Kurs ohne nennenswerten Widerstand zu verfolgen.

### Fazit

Die russische Politik mit Blick auf die Wahlen bzw. die Volksabstimmung in Belarus und der Ukraine wirft ein Schlaglicht auf die russische GUS-Politik insgesamt. Sie entpuppt sich als komplexes Geflecht von Aktivitäten auf unterschiedlichen (politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen) Ebenen, die darauf zielen, die russische Position in der Region zu wahren. Dabei wird vor allem an den russisch-belarussischen Beziehungen deutlich, dass die russische Führung nicht die unbedingte Reintegration des post-sowjetischen Raums anstrebt. Gleichzeitig zeigen die politischen Manöver im ukrainischen Wahlkampf, wie weit die russische Politik zu gehen bereit ist, um ihre Interessen in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu wahren.

Die Haltung der russischen Führung zu den Wahlen in den USA erlauben es, zwei Schlüsse zu den russisch-amerikanischen Beziehungen insgesamt zu

formulieren: Die Politik symbolischer Proteste der 90er Jahre ist nach dem Amtsantritt Putins nicht fortgesetzt worden. Die russische Exekutive hat den Machtverlust in den internationalen Beziehungen – vor allem im Verhältnis zu den USA – faktisch und pragmatisch anerkannt. Die russische Führung definiert Russland als Macht auf regionaler Ebene und ist selbst hier zu Zugeständnissen bereit. Darüber hinaus lässt sich eine Prioritätenverschiebung hin zu ökonomischer Entwick-

lung und Integration in die Weltwirtschaft beobachten. Die Schaffung von Machtvertikalen im Innern und die faktische Ausschaltung der Opposition machen die russische Außenpolitik darüber hinaus in einem Maße kalkulierbar, wie sie es seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht gewesen ist.

*Redaktion: Hans-Henning Schröder*

*Über die Autorin*

Dr. Sabine Fischer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin.

*Lesetipps*

Fischer, Sabine: Russlands Westpolitik in der Krise 1992–2000. Eine konstruktivistische Untersuchung, Frankfurt am Main/New York 2003.

Moshes, Arkady: Russian-Ukrainian Rapprochement of 2001: How Viable?, in: Security Dialogue, 33.2002, Nr.2, S. 157–170

Polyakov, Leonid: Current Russian-Ukrainian Rapprochement: Forward or Backward? A Rejoinder, in: Security Dialogue, 33.2002, Nr.2, S. 171–176

H. Timmermann: Zuspitzungen der Konflikte in den Beziehungen Belarus-Rußland. Unsichere Perspektiven für die Bildung eines Unionsstaats, Berlin: SWP Januar 2003 (= SWP Aktuell No. 1).

**Tabellen und Grafiken zum Text**

**Belarus, Ukraine und die USA in der russischen öffentlichen Meinung**  
Umfragen der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) im Oktober und November 2004

Wie stehen Sie zu Lukaschenko – positiv, negativ oder gleichgültig?

